

browne



KEHRSEITEN

DIE FASCHISTISCHE GESCHICHTE
DER UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR



IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

Hochschüler_innenschaft an der Universität für
Bodenkultur Wien
Peter-Jordan-Straße 76, 2. Stock, 1190 Wien

REDAKTION & LAYOUT

Nina Mathies

DRUCK

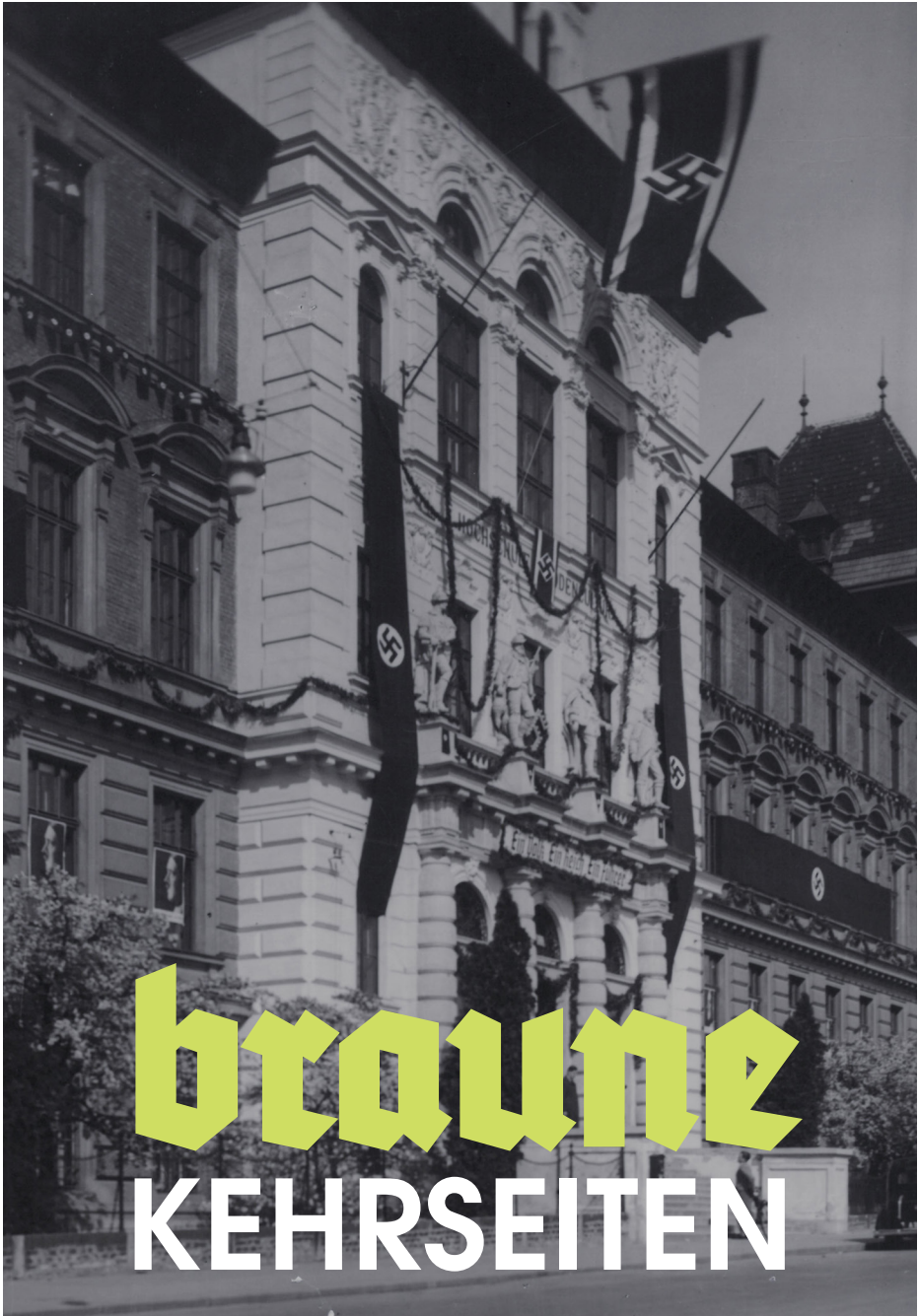
Flyeralarm

AUFLAGE

1.200 Stück

überarbeitete Neuauflage April 2022

Diese Broschüre ist eine überarbeitete Neuauflage der 1985 erschienenen Broschüre „Verdrängte Geschichte? Die Hochschule für Bodenkultur im Austrofaschismus und Nationalsozialismus“, die von Hannes Balas und Heinz Auer geschrieben wurde.



braune KEHRSEITEN

Abbildung 1: Die Universität für Bodenkultur Wien im Jahr 1938.

CONTENT WARNING

Auf den folgenden Seiten wird versucht, einen bestmöglichen Einblick in die BOKU-Geschichte zwischen 1918 und 1945 zu geben. Diese Zeit war geprägt von rechtsextremen und faschistischen Ideologien. Um diese so detailliert wie möglich wiederzugeben, werden rassistische oder anderweitig diskriminierende Ausdrücke, Taten oder Eigennamen verwendet oder umschrieben. Zusätzlich beschäftigt sich diese Broschüre mit der Shoah, der systematischen Vernichtung von Jüd_innen im Nationalsozialismus. Sollten diese Themen dich stark bedrücken, lies' die Broschüre gemeinsam mit Bezugspersonen oder zu einem anderen Zeitpunkt.

An vielen Stellen der Broschüre werden gewisse Begriffe nicht gegendert. Das geht einerseits darauf zurück, dass die BOKU lange Zeit eine stark männlich dominierte Hochschule war, andererseits darauf, dass die Eigennamen der diversen Organisationen in ihrer Originalfassung wiedergegeben werden. Wir versuchen trotz der veralteten Datelage, so gut wie möglich geschlechtsneutrale Begriffe zu verwenden und damit einen inklusiven Sprachgebrauch anzuwenden.

INHALT

I.	EINLEITUNG.....	6
II.	DIE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR VOR 1934.....	8
	Allgemeines	8
	Das Rektorat und die Leitungsorgane	10
	Die Entwicklung der Studierendenvertretung	14
	Antisemitismus an der Universität für Bodenkultur	17
	Nationalsozialistisches Gedankengut vor 1938	22
III.	DIE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR IM AUSTROFASCHISMUS.....	29
	Was ist im Austrofaschismus geschehen?	29
	Austrofaschismus und die BOKU	31
	Die Hochschüler_innenschaft im Austrofaschismus	33
	Autoritäre Maßnahmen	33
	Linker Widerstand gegen den Austrofaschismus	38
IV.	DIE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR IM NATIONALSOZIALISMUS.....	41
	Konsolidierung der neuen Machtverhältnisse	46
	Wissenschaft in der NS-Zeit	47
	Die Organisation der Studierenden	51
	Studierendenalltag	51
	Der Umgang mit Studentinnen	54
	Antisemitismus und Arisierung	56
	Das Ende der Barbarei	58
V.	FASCHISTISCHE KONTINUITÄTEN.....	62
	1979: Der Aufmarsch der Neonazis	62
	Die Geschichte zweier Tafeln	66
VI.	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....	71
VII.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	74

EINLEITUNG

Vor knapp 90 Jahren wurde die damals noch neu gegründete Republik aus ihren Fugen und in ein faschistisches Regime gerissen. Die Machtergreifung des Austrofaschismus hat gezeigt, dass Demokratie keine permanente Gegebenheit ist, sondern tagtäglich verteidigt werden muss. Er hatte die Grundlage dafür geschaffen, dass die Nationalsozialist_innen auf fruchtbaren Boden für ihre antisemitischen und rechtsextremen Mythen stoßen konnten. Der Nationalsozialismus hat zur Shoah – also die systematische, massenhafte Vernichtung von Jüd_innen – und zum zweiten Weltkrieg geführt, der unglaublich viele Menschenleben gefordert hat.

Auch an der Universität für Bodenkultur – damals noch Hochschule für Bodenkultur – hat die Ideologie der Nationalsozialist_innen Platz gefunden. Noch schlimmer, denn die BOKU war schon nach dem Ersten Weltkrieg ein Keimplatz nationalistischer Ideen und Schauplatz nationalsozialistischen Aufbaus. Durch das Nichthandeln christlich-sozialer Regierungsspitzen in Österreich konnte die BOKU ab 1920 zuerst deutschnationalen, später dann nationalsozialistischen Nachwuchs aufbauen.

Die umfassende politische Beschreibung der Geschichte einer Universität in einer Broschüre abzuhandeln, ist eine schwierige Aufgabe. Diese

Broschüre soll ein Versuch sein, die bekannten Informationen kompakt zu beschreiben und in Kontext zu setzen. Diese Broschüre ist eine Neuauflage der bereits 1985 von der ÖH BOKU verfassten Broschüre „Verdrängte Geschichte? Die Hochschule für Bodenkultur im Austrofaschismus und Nationalsozialismus“.

An dieser Stelle möchten wir einen Dank an Peter Wiltsche, den Archivar der BOKU, aussprechen, der uns stets mit zahlreichen Informationen, Belegen und Archivbeiträgen unterstützt und damit die Quellen für diese Broschüre zur Verfügung gestellt hat.

Für uns als Hochschüler_innenschaft an der Universität für Bodenkultur ist klar: Gegen jeden Faschismus, gegen Rechtsextremismus. Faschismus muss schon im Keim erstickt werden, bevor er überschwappt und sich die Geschichte wiederholt. Die Gräueltaten der Nationalsozialist_innen und die schrecklichen Schicksale, die durch die Shoah entstanden sind, sind unverzeihlich. Als junge Generation ist es unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass all diese Untaten nicht in Vergessenheit geraten, damit sie sich nie mehr wiederholen.

Niemals vergeben, niemals vergessen.

Wien, April 2022
Vorsitzteam der ÖH BOKU

DIE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR VOR 1934

ALLGEMEINES

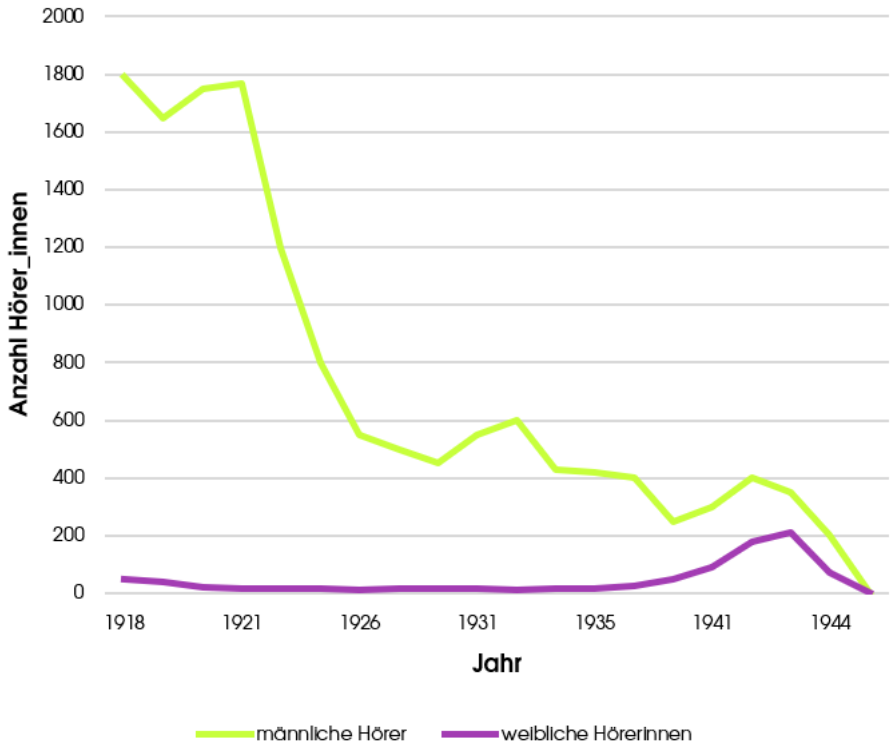
Die BOKU wurde unter dem Namen “K. K. Hochschule für Bodencultur” 1872 unter Kaiser Franz Joseph I. gegründet. Hintergrund dafür war die etwas angespannte Stimmung innerhalb der K.u.K. Monarchie zwischen den Landesteilen Ungarn und Österreich. Im deutschsprachigen Teil des Landes gab es bis dato keine landwirtschaftliche Ausbildungsmöglichkeit auf Hochschulebene. Die Gründung hatte die Zielsetzung, der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen einer Hochschule eine wissenschaftliche Basis zu liefern. Dazu wurden die Studienrichtungen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und später Kulturtechnik (1883/84) eingerichtet.

Die Zahl der Hörer_innen sank mit Ende des Ersten Weltkriegs 1918/19 von 1757 Hörer_innen stark ab und betrug in den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1933/34 nur mehr 431 Studierende.

In dieser Zeit wurde auch die Schließung der Hochschule in Erwägung gezogen, was jedoch nie

realisiert wurde. Es kam aber zu einer starken Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule, wo die Studienanfänger_innen die ersten Vorlesungen zu besuchen hatten. Frauen durften an der Hochschule für Bodenkultur erst ab 1918/19 studieren. Zur selben Zeit erhielten Frauen auch das Recht, zu wählen.⁽¹⁾

STUDIENDENDENZZAHLEN 1918-1945



DAS REKTORAT UND DIE LEITUNGSORGANE

Bevor wir in den tatsächlichen inhaltlichen Schwerpunkt starten, wollen wir noch einen kurzen Überblick darüber geben, welche Rektor_innen oder sonstige leitende Figuren der BOKU wann im Amt waren. Rektor_innen schaffen meist ein sehr bezeichnendes Bild darüber, wie die politische Einstellung der Universität zu dieser Zeit war. Aufgelistet werden nur die für die Broschüre relevanten Figuren mit einer kurzen Beschreibung.

REKTOR ADOLF OSTERMAYER (1919-1921)

Ostermayer war der erste Rektor, der offen deutsch-national war. Bereits in seiner Inaugurationsrede verfiel er in völkische Schwärmerei und öffnete Tür und Tor für den Aufbau der deutschnationalen „deutschen Studentenschaft“.

REKTOR WILHELM OLBRICH (1930-1932)

Über mehrere Belege kann Olbrich schon in der Zeit als Rektor eine nationalsozialistische Gesinnung nachgesagt werden.

REKTOR OTTO PORSCH (1932/1933 & 1939/1940)

Porsch war der erste offen nationalsozialistische Rektor. Im Austrofaschismus wurde er beurlaubt und im Nationalsozialismus wieder eingesetzt. Er war maßgeblich daran beteiligt, nationalsozialistisch organisierte Studierende zu fördern. Er



Abbildung 2: Rektor Olbrich 1935 am Kilimandscharo mit Hakenkreuzfahne.

wurde als Professor im Austrofaschismus enthoben, im Nationalsozialismus wieder eingesetzt und in der Entnazifizierung wieder enthoben.

REKTOR EMANUEL VOGEL (1933/1934)

Auch er war Nationalsozialist, hat andere Nazis an der Hochschule gedeckt und wurde später im Austrofaschismus wegen NSDAP-Nähe des Amtes enthoben.

BUNDESKOMMISSÄR OTTO SKRBENSKY (1934-1938)

Der Funktionär der Vaterländischen Front wurde im Austrofaschismus mit der Führung der Rektoratsgeschäfte der BOKU betraut. Er hat sehr viele autoritäre Maßnahmen an der BOKU umgesetzt und war der oberste Weisungsgeber.

REKTOR EMERICH ZEDERBAUER (1937)

Zederbauer war zwar vor dem Austrofaschismus und ab 1938 Widerständler gegen die Nazis, gleichzeitig aber im Austrofaschismus Unterstützer des faschistischen Regimes von Dollfuß. Er wurde 1938 mit dem ersten Transport nach Dachau deportiert und im September 1938 – körperlich und seelisch gebrochen – wieder entlassen.

LEITER DES NS-DOZENTENBUNDES FRANZ SEKERA (1938-UNKLAR)

Während dem Nationalsozialismus hatte Sekera als NSDAP-Bediensteter das Sagen an der BOKU und war mächtiger als die jeweiligen Rektoren.

REKTOR ALFRED TILL (1945-1947)

Till war maßgeblich an der Entnazifizierung der BOKU beteiligt und hat die konsequente Absetzung von NSDAP-nahen Professoren durchgesetzt.⁽²⁾

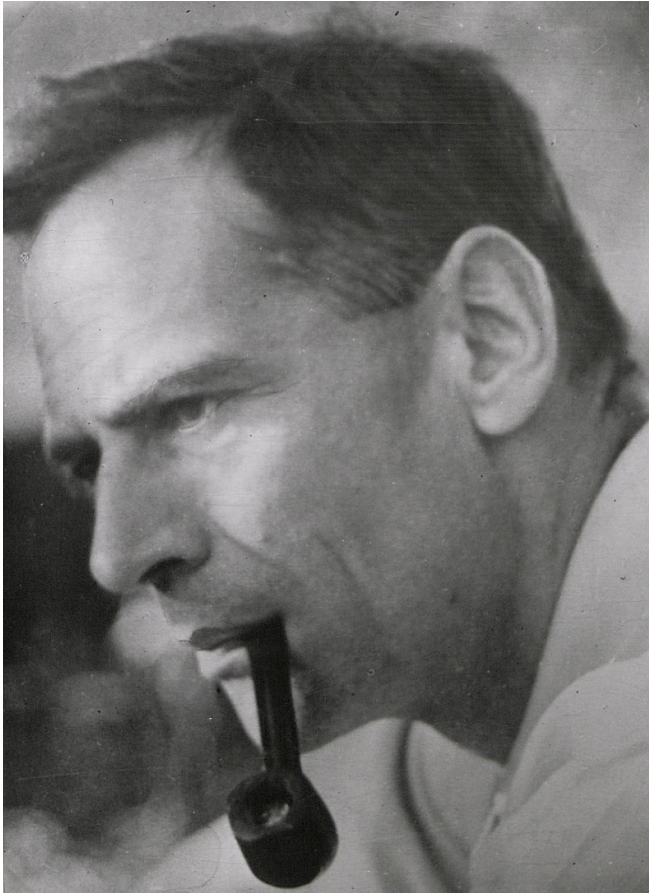


Abbildung 3: **Franz Sekera** - zentrale Figur der Nationalsozialist_innen an der BOKU.

DIE ENTWICKLUNG DER STUDIERENDENVERTRETUNG

In den Jahren 1918/19 kam es zu verschiedenen parlamentarischen Versuchen, an den Hochschulen und Universitäten eine Studierendenordnung einzuführen, die jedoch scheiterten. Die junge Republik hatte sich daraufhin entschlossen, die Organisation der Studierenden autonom in die Hände der Hochschulen zu legen.

Die Studierenden an der BOKU erhielten 1923/24 eine Studierendenordnung nach "volksbürgerlichem Prinzip". Dieses rassistische Prinzip hat die Hörer_innen nach ihrer "volkstümlichen Zugehörigkeit" und Muttersprache gegliedert. Die Einteilung nannte sich "Studentennationen" und kann als Vorgängerin der ÖH betrachtet werden. Jedoch durften sich lediglich jene Studierende zusammenschließen, die über 5% der Studierenden vereinen konnten.

Aufgabe der gewählten Vertreter_innen dieser Studentennationen war die Wahrung studentischer Interessen gegenüber dem akademischen Senat.

Dieser war ermächtigt, die Studierendenvertreter_innen von ihrem Amt zu entheben und konnte eine Studentennation bis zu 4 Semester für ungültig erklären.

Auch die Höhe der Mittel zur Finanzierung der Studentennation, die von den Hörer_innen eingesammelt wurden, musste vom akademischen Senat genehmigt werden. Als Gegenleistung dafür hatte die Studentennation für "Ruhe und Ordnung" unter den Studierenden zu sorgen.

Die "Deutsche Studentenschaft", die schon seit 1919 existierte, war de facto die einzige Studierendennation, die es über die 5% Hürde schaffte. Sie stellte den Zusammenschluss aller "arischen" und deutschsprachigen Studierenden in Deutschland, Österreich und den Nachfolgestaaten der Monarchie dar.

Die übrigen Studierenden wurden zu Minderheiten ohne politischen Einfluss degradiert.

Diese Regelung begünstigte die rassistische Unterdrückung, unter der besonders jüdische Studierende zu leiden hatten. Durch die Auftrennung in getrennt operierende Studentennationen wurden rassistische Denkweisen und ein Aufhetzen der Studierenden bewusst vorangetrieben und die Degradierung der in dieser Zeit schon diskriminierten jüdischen Studierenden gefördert.

Diese deutsche Studentenschaft setzte sich für die Errichtung von Studierendenordnungen ein, die 1924 sowohl an der BOKU als auch an der Technischen Hochschule in Kraft traten.

Obwohl eine ministerielle Genehmigung die Studentennationen niemals legitimiert hat, sind sie vom damals schon deutschnational besetzten akademischen Senat anerkannt worden:

“[...] der vorgelegte Entwurf, betreffend der Bestimmung, durch welche Vertretungen der Studentenschaft anerkannt, sowie die Rechte und Pflichten der Vertretungen an der Hochschule für Bodenkultur geregelt werden, als dortmals für genehmigt betrachtet, weil bis heute ein gegenteiliger Erlass nicht eingegangen ist.” (Rektor Hofmeister an das Bundesministerium für Unterricht am 30. September 1924)

Die nie genehmigte, de facto aber tolerierte, Studierendenordnung blieb bis 1933 in Kraft.

Die deutsche Studentenschaft war deutlich von rassenideologischem und völkischem Gedankengut durchzogen. Was heute als Referate der ÖH verstanden werden kann, wurde damals als Arbeitsgruppe bezeichnet. Bezeichnend für ihre rechtsextreme Ausrichtung sind hier etwa die “Arbeitsgruppe für Rassenkunde und Volkstum” oder die “Arbeitsgruppe für Grenz- und Auslandsdeutschtum”.⁽³⁾

ANTISEMITISMUS AN DER UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR

Das Schicksal, das unzählige Jüd_innen in Österreich erleben mussten, beruht auf Grundlage des Antisemitismus, der seit Ende des Ersten Weltkriegs in immer gewalttätigere Formen gipfelte. Die rechtsextremen Kräfte, die Jüd_innen dissimilierten und sie auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Level absonderten, sind jedoch kein Novum des 20. Jahrhunderts, sondern eine Systematik, die mindestens bis ins Mittelalter zurückreicht. Nach dem Ersten Weltkrieg sank - bedingt durch Wirtschaftskrisen und Elend in der Bevölkerung - der Einfluss antifaschistischer Kräfte zugunsten von Antisemit_innen und Deutschnationalen. Diese hatten folglich leichtes Spiel, ihre Ideologie in der Gesellschaft zu verharmlosen und zu normalisieren.

Auf universitärem Level waren es vor allem die deutschen Burschenschaften, die sich für "Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" stark machten.

Einen starken Einfluss auf die politische Ausrichtung der deutschen Burschenschaften hatte Georg von Schönerer, der mit seinem "Linzer Programm" schon im 19. Jahrhundert die propagandistische Grundlage für Antisemitismus lieferte. Er sprach damals von einer "Reinhaltung des Deutschtums von

fremdvölkischen Einflüssen“. Sein geschriebenes Wort begannen die deutschen Burschenschaften an den Hochschulen Schritt für Schritt in die Tat umzusetzen.

Begonnen wurde in den deutschen Burschenschaften mit dem Rauswurf aller jüdischen Mitglieder. Nur “arische” und männliche Studenten durften Teil einer solchen sein. Nicht nur offen deutschnationale Organisationen folgten Schönerers Theorien. Auch innerhalb der Christlichsozialen Partei (CS, Vorgängerin der heutigen ÖVP) und ihren katholischen Burschenschaften (CV) fand ein sogenannter “Arierparagraph” seine Anwendung.

Karl Lueger, damaliger CS-Wiener Bürgermeister, sprach sich etwa am Katholikentag 1907 gegen die “Vorherrschaft des jüdischen Geistes an den Hochschulen” aus. Auch CS-Unterrichtsminister Czermak hat den Umgang der Konservativen mit Antisemitismus klar auf den Punkt gebracht:

“Die Judenfrage existiert daher sicherlich auch für uns CV-ler, aber wir haben sie im CV gelöst. Wir sind judenrein. Bei uns ist der Arierparagraph erfüllt. Für uns war es immer selbstverständlich, dass Halbjuden und jüdisch Belastete nicht in unsere Reihen gehören.”⁽⁴⁾

Die Verdrängung von Jüd_innen aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wurde auch an den Hochschulen angestrebt. Noch nie gab es viel jü-



Abbildung 4: Die Kritik an Karl Lueger aufgrund antisemitischer Aussagen besteht bis heute.

disches Personal an der BOKU. Die, die es gab, wurden schrittweise verdrängt. Das Professor_innenkollegium sprach am 12. Juli 1923 in einer Sitzung offen davon, dass man davon absehen sollte, Jüd_innen als Professor_innen oder Dozent_innen zu bestellen sowie sie akademisch zu ehren. Außerdem galt für jüdische Studierende ein Numerus clausus, der erreicht werden musste.

1924 hat die Hochschule für Bodenkultur gemeinsam mit der Technischen Hochschule die sogenannte "Hochschulverfassung" entwickelt. Durch sie war es Studentennationen mit über 5% der Studierenden möglich, andere Studentennationen aufzulösen. Da es nur der deutschen Studentenschaft möglich war, diese fünfprozentige Hürde zu übertreffen, war dieser Sondererlass ein gezielter Versuch, die Hochschulen zu „arisieren“. Als Reaktion auf diesen Sondererlass gab es von jüdischen und sozialistischen Studierenden breiten Aufstand. Als dieser Erlass von einem jüdischen Studierenden vor den Verfassungsgerichtshof gebracht wurde und aus formaljuristischen Gründen für rechtswidrig erklärt wurde, reagierte die deutsche Studentenschaft, die sich in ihrer Vorherrschaft bedroht fühlte, mit Terroraktionen und begann, vor allem jüdische und sozialistische Studierende zu verprügeln. An der Säule der Universitätsrampe wurden Plakate mit der Aufschrift „Für Hunde, Juden und Marxisten ist der Eintritt verboten!“ angebracht.

Die Unruhen breiteten sich nicht nur an der BOKU, sondern an sämtlichen Wiener Hochschulen aus. Für mehrere Tage wurden alle Wiener Hochschulen geschlossen. Parolen wie „Deutschland, erwache!“ wurden von den nationalistischen Studierenden verwendet.

Als Reaktion auf die Unruhen versuchte das Parlament, eine Neuordnung der Studierendenordnung zu schaffen. Der christlich-soziale Bildungsminister Czermak hat sich für eine Studierendenordnung der Einteilung in “Studentennationen” entschieden, anstatt für den sozialistischen Gegenvorschlag einer gemischten Studierendenschaft. Für Czermak richtete sich die Zugehörigkeit einer Student_innenschaft nach “objektiven Merkmalen” - was er durch Abstammung und Muttersprache definierte. Parlamentarische Gegenstimmen erkannten schon damals ein Bekenntnis zum nationalsozialistischen Blut- und Rassenprinzip.⁽⁵⁾

NATIONALSOZIALISTISCHES GEDANKENGUT VOR 1938

Ab 1930 kann an der BOKU klar von einer nationalsozialistischen Hochschule gesprochen werden. Sowohl der Rektor als auch der Großteil der Studierenden waren offen nationalsozialistisch.

Zu Beginn der 30er Jahre war die studentische Teilorganisation der NSDAP, der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB), bereits zu einer dominierenden Größe an österreichischen Hochschulen geworden und stellte auch nach dem „Grazer Studententag 1931“ den Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft in Österreich.

An der BOKU waren 1931 bereits 70% aller Studierenden in der NSDAP oder ihren Unterorganisationen organisiert. Damit wies die BOKU einen Organisationsgrad auf, der mit 86% nur noch von der Montanuniversität Leoben übertroffen werden konnte. Die meisten dieser 70% waren in der SA organisiert (rund 36% davon), darauf folgt der NSDStB mit 29% und an dritter Stelle die SS (11%). Bastionen der nationalsozialistischen Studierenden waren die Studienrichtungen Kulturtechnik, wo 85% aller Studierenden einer Teilorganisation der NSDAP angehörten, gefolgt von Forstwirtschaft mit 80% und Landwirtschaft mit 60%. Großen Zulauf erhielt der NSDStB aus dem völkischen und deutsch-

nationalen Lager. Die Nazi-Studierenden waren eng mit den Waffen-Studierenden verwoben, letztere trafen 1933 einen Beschluss, der die Mitgliedschaft in der SA, SS oder NSDAP vorschrieb. Vorerst waren auch noch viele katholische und der Heimwehr zugehörige Studierende in der deutschen Studentenschaft eingegliedert. Im Wintersemester 1932/33 traten aus dieser zuerst die katholischen, später auch der Heimwehr angehörende Studierenden aus.

Der christlich-soziale Professor Zeßner-Spitzenberg bewertete den NSDStB folgendermaßen: „Diese Rumpfstudentenschaft, die sich nach wie vor statutarisch anmaßte, dass sie alle Hörer der Hochschule, die deutscher Abstammung und Sprache sind, als Mitglieder zugehören, gehen nun zum Führerprinzip über, d.h. ihre Führungsorgane werden nicht mehr gewählt, sondern die Amtsvorgänger bestellen ihre Amtsnachfolger. Das ist eine bekannte und wirksame Form nationalsozialistischer Gleichschaltung und einer faktischen oder doch möglichen Unterstellung unter nationalsozialistisches Parteikommando.“⁽⁶⁾

Nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland veranstaltete der NSDStB am 8. März 1933 im Festsaal der BOKU eine Anschlussfeier, die einige Tage vorher auch vom Professor_innenkollegium genehmigt wurde. Nur die beiden christlich-sozialen Professoren Zederbauer und Zeßner-Spitzenberg waren dagegen.



Abbildung 5: Rektor Porsch mit den Chargierten der deutschen Burschenschaften nach seiner feierlichen Inauguration.

„Das Separatvotum sollte zeigen, dass es sich hier nicht um eine einmündige Kundgebung der ganzen Hochschule handelt und dass es auch Andersdenkende gibt. Ohne meinen Einspruch wäre aus dieser Kundgebung voraussichtlich eine Kundgebung der Hochschule geworden.“ (gezeichnet von Zeßner-Spitzenberg und Zederbauer)⁽⁷⁾

Der Einspruch zeigte wenig Wirkung. Fast alle Studierenden, Assistent_innen und Professoren (nam.: Olbrich, Hellebrandt, Vogel, Kölbl, Adametz, Kaserer) nahmen an der Anschlussfeier teil. Viele in NSDAP-Parteiuniform, mit Armschleife und gehobenem Arm. Prorektor Olbrich hielt sogar eine Festrede, für die Studierenden sprach Helmut Riedl. Er äußerte den klaren Wunsch, an Deutschland angeschlossen zu werden und bedient sich den Wordings der Nazi-Propaganda. Es folgt ein unvollständiger Auszug aus seiner Rede:

„[...] 14 Jahre lang lag Nacht über Deutschland, doch nun hat sich das Blatt gewendet! Nach dieser 14-jährigen Nacht, die Volksverrat und Volksbetrug über das Land gesenkt haben, ging in Deutschland die Sonne auf. [...] Adolf Hitler wird nicht nur Kanzler des von Bismarck gegründeten deutschen Staates sein, er wird das Reich vergrößern und er wird Kanzler von Österreich, sowie sämtlicher Deutscher, die jetzt noch unter Fremdherrschaft stehen. Von Maas bis an die Memmel, von der Etsch bis an die Belt wird sein ein Volk, ein Reich!“⁽⁸⁾

Helmut Riedl war im NSDStB und unter den nationalsozialistischen Studierenden an der BOKU eine zentrale Figur. Der Forststudent war Teil des engsten Führungskreises und leitete die allermeisten noch folgenden Aktionen des NSDStB. Auch nach 1945 blieb Riedl rechtsextrem organisiert und war später auch Angeklagter im Südtirolprozess.

Nicht nur diese nationalsozialistische Rede, sondern auch die unzähligen verbotenen Symbole, Parteiuniformen und die rege Teilnahme an der Veranstaltung, waren dem Ministerium nun doch zu viel, sodass eine Untersuchung der BOKU eingeleitet wurde. Diese muss aber wohl mehr als symbolischer Akt angekündigt worden sein, da diese nach einigen Tagen im Sand verlief und trotz der Illegalität der Veranstaltung niemand bestraft wurde. So hielt der nationalsozialistische Terror weiter an.

Nur wenige Tage nach der Anschlusskundgebung wurden Plakate der SS am Campus der BOKU affiziert. Außerdem hat das Kulturamt der Studierendenorganisation einen Vortrag zum Thema „Der Einfluss der Juden auf die Kultur“ abgehalten. Als letzte Aktion in dieser Reihe wurde am 5. Mai 1933 eine Hakenkreuzfahne am Turm des Gregor-Mendel-Haus angebracht. Der nationalsozialistische Rektor Porsch sprach von „unbekannten Tätern“ und einem Studentenuk. Gleich nach der Tat wurden die Schlösser des Zugangs zum Dach unbrauchbar ge-

macht, sodass die Entfernung der Fahne möglichst lange dauert.

Erst dann hatte sich das christlich-soziale Ministerium entschieden gegen die rechtsextremen Vorfälle an der Hochschule für Bodenkultur ausgesprochen. In einem Brief von der Parteileitung an den damaligen CS-Bildungsminister Kurt Schuschnigg wurde dieser über die Vorfälle informiert:

„Dieses Vorkommnis wirft ein grelles Licht auf die Verhältnisse der Hochschule für Bodenkultur. Unter schwersten Opfern wird hier eine Bildungsstätte unterhalten, in der mit Unterstützung von Professoren, die vom österreichischen Staat bezahlt werden, [...] österreichfeindliche, an Hochverrat grenzende Propaganda betrieben wird. Förderer dieser Agitation sind im Besonderen die Professoren Olbrich und Kölbl. Kölbl zeichnet sich dadurch aus, dass er die Amtsräume für politische Agitation zur Verfügung stellte. Die sogenannten Vereinsräume und alle ähnlichen Einrichtungen wurden ausschließlich für nationalsozialistische Parteizwecke verwendet. [...]

Parteipolitische Plakate werden dort angeschlagen; es wurde eine Aufforderung angebracht, worin zum Beitritt in die SA und SS eingeladen wird. In den Kellerräumen wurde eine Schießstätte eingerichtet, angeblich um Kapselschießen zu lernen, in Wirklichkeit ist es eine Instruktionseinrichtung für die nationalsozialistischen Hörer auf

Staatskosten. Unter dem Titel „Turnübungen“ wurde exerziert und verschiedenartigste Propaganda betrieben. [...] ⁽⁹⁾

Es hat sich ein unerhörter nationalsozialistischer Terror herausgebildet: der regierungstreue Teil der Beamtenschaft wird unter starken Druck gestellt, man tut, als wenn diese Menschen auf der Hochschule nichts mehr zu reden hätten. [...] Vor nicht langer Zeit die Anschlusskundgebung, jetzt das Hissen der Hakenkreuzfahne. Regierungstreue Professoren findet man an der Hochschule für Bodenkultur nicht viele; das gleiche gilt für die Assistenten. Es scheint höchste Zeit zu sein, dass diesem Umtrieb energisch ein Ende gesetzt wird.“ ⁽¹⁰⁾

DIE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR IM AUSTROFASCHISMUS

WAS IST IM AUSTROFASCHISMUS GESCHEHEN?

Der Austrofaschismus beschreibt den Zustand Österreichs in den Jahren 1933-1938. Als nach dem Ersten Weltkrieg am 12. November 1918 die Erste Republik ausgerufen wurde, gab es erstmals Demokratie in Österreich. Erster Kanzler der Republik war Karl Renner von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP, Vorgängerin der SPÖ). Des Weiteren gab es damals die Christlichsoziale Partei (CS, Vorgängerin der ÖVP) und deutschnationale Kleinparteien. Durch die große inhaltliche Disparität zwischen der SDAP und der CS zerfiel Österreich in den nächsten 10 Jahren allmählich in zwei politische Lager, die sich gegenüber immer feindlicher aufgestellt haben. Schon Mitte der 1920er Jahre kam es zur Gründung zweier paramilitärischer Wehrverbänden, dem Republikanischen Schutzbund der SDAP und die christlichsozialen Heimwehren der CS.

1927 kam es zur ersten großen gewalttätigen Auseinandersetzung dieser beiden Bündnisse. Auslöser dafür war ein Vorfall in Schattendorf im Burgenland. Zwei Heimwehrlere haben bei einer Versammlung des Schutzbundes ein Kind und einen Invaliden erschossen, fünf Schutzbündler_innen wurden verletzt. Die christlich-sozial besetzte Justiz hat die beiden Heimwehrlere am 14. Juli 1927 freigesprochen, woraufhin zahlreiche Arbeiter_innen, Mitglieder der SDAP und Schutzbündler_innen einen Proteststreik starteten. Die Polizei, die ihr politisches Lager in der CS hatte, begann, den Streik gewaltsam niederzuschlagen. Der Bundeskanzler Seipel gab den Schießbefehl auf die Demonstrant_innen. Daraufhin wurde der Justizpalast angezündet. Zahlreiche Tote und Verletzte waren zu beklagen.

Dieses politische Chaos löste eine Ausnahme-situation in Österreich aus. Immer öfter kam es zu Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen den beiden politischen Lagern. Schließlich nutzte Engelbert Dollfuß, damaliger CS-Bundeskanzler, 1933 eine Lücke in der Geschäftsordnung des Parlaments dazu aus, dass sich dieses selbst ausschaltete. Damit war der Austrofaschismus ausgerufen und Dollfuß regierte Österreich diktatorisch.

Am 10. Mai 1933 setzte Dollfuß alle Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene aus. Im Sommer 1933 wurden sowohl die KPÖ, als auch die

NSDAP verboten. 1934 folgte auch das Verbot der SDAP, nachdem der Schutzbund einen letzten Versuch gestartet hatte, die Demokratie zu retten. Die CS wandelte Dollfuß um in die Vaterländische Front (VF), die einzige Partei im Austrofaschismus. Im September 1933 erklärte er, dass sein Ziel ein autoritärer Ständestaat sei.

Dieses faschistische Regime hielt bis zum Einmarsch der Nationalsozialist_innen am 11. März 1938 an. Die Austrofaschist_innen haben mit ihrer autoritären Regierungsform den Weg für den von staatlicher Seite widerstandslosen Einmarsch der Nazis geebnet. Damit wurde der Austrofaschismus durch den Nationalsozialismus abgelöst.⁽¹¹⁾

AUSTROFASCHISMUS UND DIE BOKU

Die Zustände an den österreichischen Hochschulen wurden immer chaotischer. Bei der am 29. Mai 1933 geplanten Rede von VF-Bundeskanzler Dollfuß an der Universität Wien kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den VF-treuen und den nationalsozialistischen Studierenden. Die Hochschulen und Universitäten wurden zwei Wochen lang geschlossen.

Am 20. Juni 1933 wurde die deutsche Studentenschaft aufgelöst und der NSDStB verboten. Die nationalsozialistischen Studierendenvertreter_innen der BOKU legten allesamt ihre Funktion nieder.

DIE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR IM AUSTROFASCHISMUS

Bei einer Versammlung in der Aula verboten die empörten Nazis den nicht-nationalsozialistischen Studierenden den Eintritt durch die Haupttore. Studierende, die sich diesem Gebot nicht beugten, wurden verprügelt. Der nationalsozialistische Rektor Porsch rief die „Minderheit“ (hauptsächlich katholische, aber auch sozialistische und jüdische Studierende) dazu auf, der Mehrheit (nationalsozialistische Studierende) Folge zu leisten. Zum Abschluss dieser Versammlung wurde wiederholt „Heil Hitler“ gerufen und das Horst-Wessel-Lied und das Deutschlandlied gesungen, zu welchem der Rektor angeblich die Hand zum Hitlergruß erhoben habe.⁽¹²⁾

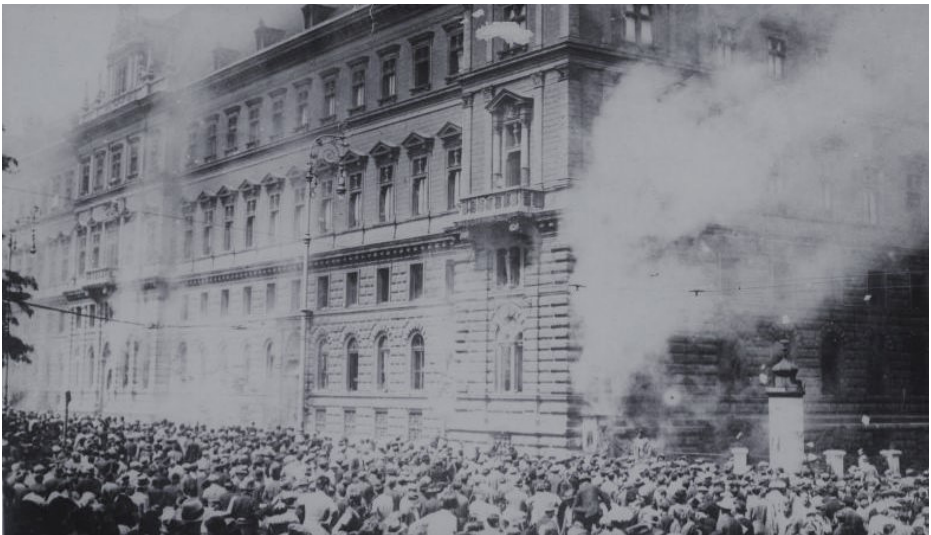


Abbildung 6: **Justizpalastbrand.**

DIE HOCHSCHÜLER_INNENSCHAFT IM AUSTROFASCHISMUS

Im Oktober 1933 trat eine Sachwalter_innenschaft, „Hochschülerschaft Österreichs“ genannt, die durch den austrofaschistischen Staat bestellt und auserkoren wurde, anstelle der Studentennationen in Kraft. Sie wurde zentral organisiert, das heißt den Sachwalter_innen der einzelnen Hochschulen waren die landes- und bundesweite Sachwalter_innenschaft übergeordnet und sie war zudem in die Vaterländische Front eingegliedert. Bundessachwalter war der spätere ÖVP-Bildungsminister Heinrich Drimmel.

Viele Stukturen der Gliederung der damaligen „HÖ“ an den Hochschulen wurde von der deutschen Studentenschaft übernommen. Sie hatte aber im Gegensatz zur „Völkischen Front“, die nach dem Verbot des NSDStB als Sammelbecken für nationalsozialistische Studierende gegründet wurde, nur eine verschwindend geringe Relevanz an den Hochschulen und erfüllte mehr einen symbolischen Zweck für die Vaterländische Front.⁽¹³⁾

AUTORITÄRE MAßNAHMEN

Durch das schrittweise Verbot aller anderen Parteien im Austrofaschismus wurden zwar einerseits die nationalsozialistischen Aktivitäten an der

BOKU deutlich erschwert und eingegrenzt, andererseits verhinderten sie auch jeglichen antifaschistischen Zusammenschluss und Organisierung gegen die Nationalsozialist_innen.

Im Wintersemester 1933/34 kam es wieder vermehrt zu Ausschreitungen von Seiten der nationalsozialistischen Völkischen Front, denen die einzelnen Hochschulen nicht mehr Herr wurden. An der BOKU wurde z.B. eine Vorlesung von Zeßner-Spitzenberg gestört und ein Hakenkreuz an seine Tür gemalt. Dollfuß hat 1933 einen Polizeiposten an der Hochschule eingerichtet, welcher bis 1938 in Funktion blieb.

Am 26. April 1934 wurde der BOKU ihre Autonomie entzogen. Die Autonomie war für die nationalsozialistisch geführten Hochschulen ihr höchstes Gut. Nur so war es ihnen möglich, deutschnationales Gedankengut ungestraft zu verbreiten. Einige Tage später, am 3. Mai 1934, wurde der Bundeskommissär der Vaterländischen Front Otto Skrbensky eingesetzt. Er stand nun hierarchisch über dem Rektor und war die oberste Leitungsinstanz der Hochschule. Weiters wurde dem Professor_innenkollegium die Kompetenz der Wahl des_der Rektor_in entzogen und an den Bundeskommissär übertragen.

Außerdem durfte er nach eigenem Ermessen einzelnen Studierenden, Angestellten oder Mitgliedern des Lehrkörpers den Zutritt zur Hochschule verwehren.

Die Strategie von Skrbensky war es, durch harte Strafen, Disziplinarmaßnahmen und Studienverweisen die Studierenden einzuschüchtern. Alleine im ersten Semester seiner Amtszeit wurden fünf Studierende permanent und vier Studierende für ein Jahr verwiesen.

Doch der nationalsozialistische Terror an der BOKU hielt an. Als Reaktion auf die Entziehung der Autonomie kam es im Sommersemester 1934 zuerst zu den üblichen Kundgebungen der Hochschulverbindungen im Linnépark. Anschließend wurden jedoch mehrere Böller und Bomben vor der Hochschule gezündet und Stinkbomben vor das Rektorat und in die Hörsäle geworfen. Die Nationalsozialist_innen verteilten anschließend Flugblätter mit dem Spruch „Jagt sie zum Teufel, diese Judenknechte“. Einige Tage darauf wurde in der Nacht eine Bombe im Festsaal der BOKU gezündet. Konsequenzen folgten für die handelnden Studierenden keine. Skrbensky verstärkte stattdessen die Polizeipräsenz enorm und verordnete, dass Hörsäle erst fünf Minuten vor Beginn der Vorlesung geöffnet werden dürfen. Auch diese Maßnahmen zeigten keine Wirkung, denn bereits wenige Tage darauf kam es zu einer weiteren Bombenanschlagsreihe innerhalb der BOKU. Der dabei entstandene Sachschaden wurde auf die Gesamtheit der Studierenden an der BOKU abgewälzt. Sie mussten bei der Inskription eine Schadensersatzzahlung leisten. Nur Studierende, die die österreichische Staatsbürger_innenschaft besaßen und Mitglied der Vaterländischen Front

waren oder in katholischen Burschenschaften, wurden von den Schadensersatzzahlungen befreit.

Nach den Bombenanschlägen erschien in einer antifaschistischen Zeitung eine Karikatur, die den Leiter des chemischen Instituts an der BOKU darstellt, wie er einem BOKU-Studenten mit deutlichem Schmiss (Schnittwunde, die die Mitgliedschaft in schlagenden Burschenschaften zeigt) den Bombenbau erklärt. Betitelt wurde die Karikatur mit „Hochschule für bodenlose Kultur“ und dem folgenden Reim:

„Wer beweist mit Böllern nur
seine Boden Unkultur,
wird es statt zum Sämann höchstens
zum SA-Mann bringen nächstens.“⁽¹⁴⁾

Skrbensky zog weiterhin seine autoritäre Leitung der Hochschule fort. Er erhöhte stetig die Polizeipräsenz an der Hochschule. Von nun an konnte die BOKU ausschließlich durch den Haupteingang betreten werden und alle mussten zu jeder Zeit einen Lichtbildausweis und einen Eintrittsschein vorweisen können. Polizeikontrollen durften jederzeit durchgeführt werden, auch in den Ferien.

Im Austrofaschismus wurde den Hochschulen nicht nur die Aufgabe der Forschung und Lehre zugeschrieben, sondern auch die „Erziehung der Studierenden zu sittlichen Persönlichkeiten im Geiste der vaterländischen Gemeinschaft.“

Außerdem wurden zum Studienstart zwei verpflichtende Lehrveranstaltungen für alle Studierenden eingeführt: eine Vorlesung zur „weltanschaulichen und staatsbürgerlichen Erziehung“ und eine über die „ideellen und geschichtlichen Grundlagen des österreichischen Staates“ mussten innerhalb der ersten vier Semester an der BOKU absolviert werden. Beide Lehrveranstaltungen wurden von Funktionär_innen der Vaterländischen Front geführt. Alle als männlich geführten Studierenden mussten zusätzlich an „vormilitärischen Übungen“ teilnehmen. Zusätzlich mussten sie in den Sommerferien an einem Hochschullager teilnehmen, bei welchem vormilitärische Übungen und Vorträge über das vaterländische Gedankengut verpflichtend waren. Für weiblich geführte Studierende war eine „Schulungsdienstzeit in besonderer Anpassung an die weibliche Eigenart“ vorgesehen.

Durch neu geschaffene Gesetzesblätter der Bundesregierung Dollfuß war es dem Bildungsminister möglich, politisch von der Vaterländischen Front abweichende Lehrkörper zu bestrafen. Dies traf natürlich in erster Linie nationalsozialistische Lehrende, jedoch wurden auch gegen beide faschistische Regime Widerständler_innen bestraft. Alle neu bestellten Lehrpersonen mussten durch den Bildungsminister bestellt werden. An der BOKU wurden sechs von insgesamt 31 Professor_innen der Dienst nicht mehr verlängert. In den allermeisten Fällen war der Kündigungsgrund die Betätigung in der damals schon verbotenen NSDAP.⁽¹⁵⁾

LINKER WIDERSTAND GEGEN DEN AUSTROFASCHISMUS

Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei und ein Jahr später der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurden alle roten und antifaschistischen Studierendengruppen in die Illegalität gedrängt. Die linken Studierendengruppierungen an den Wiener Universitäten, bestehend aus Kommunist_innen und revolutionären Sozialist_innen, schlossen sich anfangs zu einer Aktionsplattform zusammen, die zentral organisiert wurde. Der „geeinte rote Studentenverband“ (GRSV) entstand. Er kämpfte gegen die Repressionen des klerikal-faschistischen Regimes, gegen Studienverschärfungen sowie soziale und politische Ungerechtigkeiten.

Ihre politische Aktivität wurde im Untergrund organisiert und bestand hauptsächlich aus Bildungsarbeit durch Zeitungen und Flugblätter sowie Stör- und Schmieraktionen und richtete sich gegen die Gefahren des Faschismus und die Kriegsbedrohung.

Die Aktionsplattform zerfiel später und der „Revolutionäre Sozialistische Studentenverband“ und der „Kommunistische Studentenverband“ kämpften getrennt voneinander gegen die Unterdrückung und Repression im Austrofaschismus und dem drohenden Einmarsch der Nationalsozialist_innen. Nach der Niederschlagung der Februarkämpfe 1934 durch das

autoritäre Dollfuß-Regime versuchten auch einige Studierende der Hochschule für Bodenkultur sich den revolutionären Kämpfen anzuschließen.

So wurde zum Beispiel der Antifaschist Ludwig Kittl im Mai 1934 festgenommen, weil er sich in seiner Wohnung mit Parteigenoss_innen traf und an der Verteilung der verbotenen, in Tschechien erschienenen Arbeiter_innenzeitung beteiligt war. In einem anschließenden Disziplinarverfahren gegen Kittl an der BOKU wurde festgestellt, dass:

„diese aufhetzenden Zeitungen zum Großteil daran Schuld sind, dass die Befreiung der Arbeiterklasse gehemmt wird, so wird man dem Mitglied der Disziplinarkonferenz der Hochschule für Bodenkultur Dr. Zeßner-Spitzenberg voll beipflichten können, wenn er ausführe, dass Kittl an einer eminent staatsfeindlichen Aktion beteiligt war.“⁽¹⁶⁾

Ein einstimmiges Urteil gegen Ludwig Kittl – der Verweis von allen Universitäten und Hochschulen für immer – folgte.

Es wird also evident, dass Zeßner-Spitzenberg, der versucht hatte, vor dem Austrofaschismus Widerstand gegen die Nationalsozialist_innen zu leisten, nun unter Dollfuß selbst vom Regime profitiert und andere Widerständige dafür bestraft, gegen Faschismus einzustehen.

Für den bereits im 7. Semester befindlichen Lud-

wig Kittl bedeutete dieses Urteil eine absolute Katastrophe, da er aus einer Arbeiter_innenfamilie stammte und sein Vater Kriegsinvalide war. So versuchte er gegen das sehr harte Urteil zu berufen. Briefe an den Bundespräsidenten, an den Bildungsminister und an den Bundeskommissär zeigten wenig Wirkung. Erst als er auf Anraten eines Professors der Vaterländischen Front beitrug, wurde sein Berufungsschreiben 1936 positiv erledigt.

Einen weiteren bekannten Fall stellte Wilhelm Gallent dar. Dieser versuchte mit einigen Schutzbündler_innen nach der blutigen Niederwerfung der Februrarkämpfe, Dynamit zu stehlen. Seine Strafe – sechs Jahre schwerer Kerker im Anhaltelager Wöllersdorf – wurde nach Berufung auf fünf Jahre herabgesetzt. Durch ein Disziplinarverfahren nach Antrag von Zeßner-Spitzenberg wurde auch er für immer von allen Universitäten des Landes verwiesen.⁽¹⁷⁾



Abbildung 7: Antifaschistisches Plakat der sozialistischen Studierenden.

DIE UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR IM NATIONALSOZIALISMUS

Der Nationalsozialismus hatte, trotz Verbot der NSDAP während des Austrofaschismus, immer eine sehr starke Basis an den Hochschulen und Universitäten behalten. Ende 1937 und Anfang 1938 kam es zu immer häufigeren Auftritten und Terrorakten nationalsozialistischer Studierender.

Durch das Berchtesgadener Abkommen zwischen Schuschnigg und Hitler am 12. Februar 1938 wurde eine Regierungsbeteiligung von den Nationalsozialist_innen (4 Minister_innenposten wurden von den Nazis übernommen) in Kauf genommen. Der Nazi Seyß-Inquart übernahm als Innenminister jene militärischen Exekutivorgane, die bereits zu einem hohen Grad von Nazis unterwandert waren. Am 11. März 1938 ist Schuschnigg als Bundeskanzler zurückgetreten. Damit öffnete er die Türen weit für den Einmarsch der Nationalsozialist_innen. Seyß-Inquart übernahm vorläufig die Regierungsgeschäfte und am 13. März 1938 annektieren deutsche Truppen Österreich.

Der Anschluss an Deutschland vollzog sich an der Hochschule für Bodenkultur quasi reibungslos. Die

allermeisten Professor_innen und Beamt_innen der BOKU blieben nämlich trotz Verbot der NSDAP nationalsozialistisch aktiv und ermöglichten nun einen nahtlosen Übergang vom Austrofaschismus zum Nationalsozialismus.

Gleichzeitig setzte eine Verhaftungswelle ein, die zehntausende Jüd_innen, Regimegegner_innen, Sozialist_innen, Kommunist_innen, Christlich-Soziale und oppositionelle Intellektuelle in Gefängnisse und Konzentrationslager brachte.

Die Universitätsordnung wurde kurz nach dem Anschluss an die deutsche angeglichen. An der Spitze der Universitätshierarchie stand der Rektor. Dieser wurde nicht gewählt, sondern durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt. Großen Einfluss auf die Vorgänge an den Hochschulen hatte der Führer des „NS-Dozentenbundes“, dem besonders in personellen Angelegenheiten eine entscheidende Funktion zukam.

Mit den Hochschulgeschäften der BOKU wurde nach der Deportation des Rektors Zederbauer nach Dachau der bis dahin illegale Zellenleiter der NSDAP Franz Sekera betraut. Seine erste Amtshandlung war die sofortige Suspendierung der Professor_innen Amschler, Till, Werner, Zederbauer und Zeßner-Spitzenberg. 19 weitere Kolleg_innen folgten.

Neben Prof. Zederbauer, der im Austrofaschismus Rektor und Leiter der Vaterländischen Front an der Hochschule für Bodenkultur war, wurde auch Prof. Zeßner-Spitzenberg in das Konzentrationslager Dachau deportiert, welcher am 1. August 1938 dort ermordet wurde.

Jüdische Mitglieder des Lehrkörpers waren den Verfolgungen besonders ausgeliefert. Sie und die bekanntesten politischen Gegner_innen, dem Totalitarismus des Regimes ein Dorn im Auge, waren durch die völkischen und rassenideologischen Bestimmungen von der Vereidigung ausgeschlossen und damit ihres Amtes enthoben. Die Position der Nationalsozialist_innen diesbezüglich wird im untenstehenden Zitat klar:

„An den deutschen Hochschulen der Ostmark wird in Zukunft kein Platz sein für fremdrassige Lehrkräfte und für solche Personen, die in besonders gehässiger Form gegen das deutsche Volk und den Nationalsozialismus sich betätigt haben. Entfernt müssen auch diejenigen werden, die von der Systemregierung nur aufgrund ihrer politischen Einstellung ohne wissenschaftliche Eignung berufen und eingestellt worden sind.“⁽¹⁸⁾

Folgende Lehrende wurden von den Nationalsozialist_innen ihres Amtes enthoben:

PROFESSOR_INNEN

Wolfgang Amschler, Tierzucht & Fütterungslehre

Josef Kisser, Botanik

Wilhelm Leiningen-Westerburg, forstliche Standortslehre & forstlich-chemische Technologie

Max Schreiber, Waldbau

Anton Steden, landwirtschaftliche Betriebswirtschaftslehre, Handelskunde & Buchführung

Alfred Till, Bodenkunde

Emmerich Zederbauer, Obst- & Gartenbau

Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, Verfassungs- & Verwaltungsrecht

Ferdinand Westphalen, Volkswirtschaftslehre

Anm: Ferdinand Westphalen war Vertreter der Spann-Schule. Diese Theorie beruhte auf dem Gedankengut des Austrofaschismus. Ihre Mitglieder (Heimwehr) hielten ein Nahverhältnis zum italienischen Faschismus aufrecht.

DOZENT_INNEN

Wilfried Kirsch, Österreichisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Ladislaus Kopetz, Pflanzenbau

Gustav Kühnel, Verwaltungslehre & -recht

Ludwig Lorenz-Liburnau, Zoologie

Karl Naehr, technische Mechanik

Felix Reach, Physiologie und Anatomie

Armin Schobel, landwirtschaftliches Genossenschaftswesen

Othmar Werner, Anatomie & Physiologie der Pflanzen

LEHRBEAUFTRAGTE

Adolf Czerny, Hydrobiologie & Fischereiwirtschaft

Josef Michalka, Tierheilkunde

Emil Planckh, Bienenkunde & Zucht

Rudolf Sandner, agrarwissenschaftliche Operationen & Alpschutz, Alpverbesserung

Fast 36% aller Lehrenden wurden an der Hochschule für Bodenkultur vom Dienst enthoben. Mehrere neue Verordnungen und Erlässe wurden von den Nazis eingerichtet, um eine Grundlage für diese Suspensionen zu schaffen.

Alle Lehrenden der Hochschule für Bodenkultur mussten am 23. März 1938 folgenden Eid ablegen:

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Durch die Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamt_innentums vom 1. Juni 1938 wurden jüdische Beamt_innen von der Eidleistung ausgeschlossen und daher automatisch vom Dienst enthoben. Außerdem wurden Beamt_innen, die „nach ihrem bisherigen politischen Verhalten nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten“ in den Ruhestand versetzt.⁽¹⁹⁾

KONSOLIDIERUNG DER NEUEN MACHTVERHÄLTNISSE

Die im Austrofaschismus noch verdeckt agierenden Nazis unter den Lehrkräften, die teilweise auch im „NS-Lehrerbund“ organisiert gewesen waren, konnten sich nach dem „Anschluss“ wieder öffentlich rechtsextrem betätigen und formierten sich im „NS-Dozentenbund“ (NSDDB). Dieser war hierarchisch nach dem Führerprinzip strukturiert. Dem Reichsdozentenbundführer unterstanden die Dozentenbundführer der einzelnen Hochschulen. Der Leiter des NSDDB an der Hochschule für Bodenkultur war Franz Sekera.

Den Entlassungen jüdischer oder „politisch unzuverlässiger“ Beamt_innen stand eine Rehabilitierungswelle der im Austrofaschismus entlassenen nationalsozialistischen Beamt_innen gegenüber. Der „Erlass über die Wiedergutmachung der im Kampf für die nationalsozialistische Erhebung Österreichs erlittenen Dienststrafen und sonstigen Maßregelungen“ vom 10. April 1938 sah vor, Lehrpersonal, welches wegen NS-Aktivität im Austrofaschismus enthoben wurde, einerseits finanzielle Entschädigung zu leisten und andererseits wieder einzusetzen.

Elf Lehrende wurden im Zuge dieser Verordnung wiedereingestellt oder befördert: Oskar Hämpel, Emil Hellebrand, Otto Porsch (ehemaliger Rektor), Ro-

bert Stigler, Wilhelm Tischendorf (war seit 1933 NSDAP-Parteimitglied), Leo Tschermak (späterer Rektor), Emanuel Hugo Vogel (ehemaliger Rektor), Josef Donat, Franz Hartmann, Wilhelm Liebscher (ab 1930 Parteimitglied) und Ludwig Löhr (ab 1933 Parteimitglied, SS-Anwärter und Hauptstellenleiter im Gauamt für Agrarpolitik).⁽²⁰⁾

WISSENSCHAFT IN DER NS-ZEIT

Mit der „Reinigung“ des Beamt_innen- und Professor_innenapparats wurde auch ein neuer Wissenschaftsbegriff formuliert:

„Wir wollen keinen wissenschaftlichen Nationalsozialismus, sondern eine nationalsozialistische Wissenschaft! Diese nationalsozialistische Wissenschaft wird getragen sein müssen von der weltanschaulichen Grundhaltung ihrer Vertretung, und diese Grundhaltung zu schaffen, wird eine der wichtigsten Aufgaben unserer Kameradschaftserziehung werden. Diese Wandlung lässt sich aber nicht verwirklichen, in dem man den alten Studienplan einfach durch einen neuen ersetzt. Dieser Umbruch unserer Auffassung der Hochschule muss vielmehr jede einzelne Vorlesungs- und Übungsstunde durchdringen und muss dort zu einem Erlebnis erzieherischer Arbeit werden. Jedes Vorlesungsfach hat eine neue nationalsozialistische Zielsetzung!“ (Sekera im „Studentenfürer für das Studienjahr 1939/40“)⁽²¹⁾

Das Ziel der Nazis war es, in jeden möglichen Bereich des Hochschulalltags nationalsozialistische Ideologie einbauen zu können. Im Studienplan wurden Vorlesungen über nationalsozialistische Weltauffassung, preußische Geschichte, preußisches Recht, Rasse und Blut sowie Blut und Boden aufgenommen. Publikationen wie die „Weltanschauung und Weinbau“, in denen der Fragenkomplex Nationalsozialismus und Weinbau im Mittelpunkt lag, entstanden. Es gibt zahlreiche Beispiele davon, dass die wissenschaftliche Betrachtung von Zucht- und Rassenideologie geprägt war. Man spricht auch von der Blut- und Bodenkultur.

Die Hochschule für Bodenkultur bekam wegen der geplanten Überfälle südöstlich des Deutschen Reiches neue Aufgaben zugeschrieben. Durch „die Kultivierung und Nutzbarmachung unserer Kolonie, die uns der Feind nicht ewig vorenthalten wird“ (Luis Schipfer, NSDAP-Studierendenvertreter) sollte die BOKU zu einem wissenschaftlichen Stützpunkt der landwirtschaftlichen Planung überfallener Gebiete werden. Zu diesem Zweck wurden auch das Süd-Ost-Agrarinstitut und das Süd-Ost-Institut für Wald- und Holzforschung gegründet, die nach 1945 wieder verschwanden.

Während des Nationalsozialismus legte man auch einen sehr großen Wert auf die körperliche und militärische Erziehung der Studierenden. So etwa beschrieb der Studentenfürer für das Studienjahr 1939/40:

„Wir können unter den Studenten keine Büchereulen brauchen, die nur ihre Vorlesungen und ihr Studium kennen und dabei körperlich nicht leistungsfähig sind. Deutschland braucht heute mehr denn je kräftige, junge Männer, auch unter den Studenten. Aus unseren Reihen sollen einmal führende Männer hervorgehen. Um uns nun auch körperlich auszubilden, ist es jedem Studierenden zur Pflicht gemacht, während seiner Studienzeit drei Semester auf dem Hochschulinstitut für Leibeserziehung zu belegen, die mit einer Prüfung abgeschlossen werden.“⁽²²⁾

Zu diesem Zweck entstand wie auf allen Hochschulen ein eigenes Amt für Körpererziehung, das die Studierenden zur Teilnahme an Sportübungen verpflichtete.

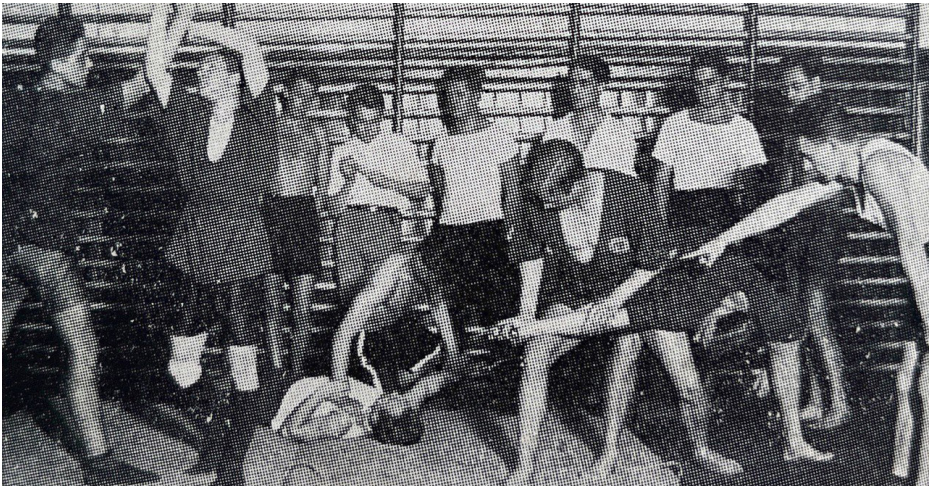


Abbildung 8: Sportübungen an der BOKU.

AUSZUG AUS DEM STUDENTENFÜHRER 1939/40

Grundausbildung – Allgemeine Bestimmungen

1. Jeder der Deutschen Studentenschaft angehörende Student ist während der ersten drei Studienjahre zur Teilnahme an der Grundausbildung verpflichtet. Zur Grundausbildung gehört außer den pflichtmäßigen Übungsgebieten die Ablegung der semesterlichen Leistungsprüfung und die Teilnahme an der Sportveranstaltung zum Schluss des Semesters.

2. Befreiung (ganz oder teilweise) aus gesundheitlichen Gründen erfolgt aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses durch den Direktor des Institutes für Leibesübungen

3. Der Nachweis regelmäßiger und erfolgreicher Teilnahme ist Voraussetzung für die Zulassung zum weiteren Studium vom vierten Semester an und wird durch die vom Institut geführte Grundkarte erbracht.⁽²³⁾

DIE ORGANISATION DER STUDIERENDEN

Mit dem „Anschluss“ hörte die Sachwalter_innenschaft des Austrofaschismus auf zu existieren. An ihre Stelle trat der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB). Alle nicht nationalsozialistischen Organisationen wurden verboten, auch die katholischen Studierendenverbindungen, die an der BOKU eine hohe Relevanz hatten. Jede Art von Fortsetzung oder Wiederbegründung anderweitig politischen Organisationen wurde unter strenger Bestrafung verboten. Das „Führerprinzip“ ersetzte die Wahlen der Studierendenvertreter_innen.

An der BOKU existierten neben dem NSDStB noch drei NS-Kameradschaften, die als Nachfolgeorganisationen der schlagenden Burschenschaften fungierten.⁽²⁴⁾

STUDIERENDENALLTAG

Studierende, die bis 1938 illegal für den Nationalsozialismus kämpften, erleichterte man das Studium durch Verkürzung der Studiendauer. Für die Zulassung zum Studium war ein „Ariernachweis“ zu erbringen. Wer diesen nicht erbrachte, konnte vorerst 5% des Familieneinkommens als Studiengebühren zahlen und wurde nach und nach aus der Hochschule aussortiert und in Konzentrationslager

deportiert. Als männlich eingetragene Studierende mussten vor dem Studium einen Arbeitsdienst ableisten. Neben dem regulären Arbeitsdienst wurden sie auch für sonstige Arbeitsleistungen herangezogen. So war zum Beispiel schon im Sommersemester 1938 ein zwei- bis vierwöchiger Erntehilfsdienst verpflichtend. Da bei den Forstwirt_innen großer Andrang herrschte, war für sie die Ableistung eines Wehrdienstes verpflichtend. Eine Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Teilorganisationen und der Kameradschaft war ausdrücklich erwünscht.

AUSZUG AUS DEM STUDENTENFÜHRER 1939/40

Immatrikulation und Inskription

Wer zum ersten Male an die Hochschule kommt oder das Studium länger als zwei Semester unterbrochen hat, muss zunächst immatrikulieren, das heißt um Aufnahme ansuchen.

Der Aufnahmebewerber hat hiezu im Rektorat folgende Unterlagen persönlich einzureichen:

1. Das Reifezeugnis oder ein gleichwertiges Ausbildungszeugnis. Beim Übertritt von einer anderen Hochschule die dort erworbenen Vorlesungsbestätigungen und Prüfungszeugnisse.

2. Bescheinigung über den Arbeitsdienst für Männer vom Geburtsjahrgang 1918 angefangen (In

Sonderfällen kann der Arbeitsdienst nachgeholt werden.)

3. Für Forstwirte: Nachweis über die Ableistung des Wehrdienstes.

4. Nachweis der arischen Abstammung (eigene Geburtsurkunde, Geburtsurkunden und Trauscheine der Eltern und Großeltern väterlicher- und mütterlicherseits oder ein gültiger Ahnenpass, bei verheirateten Studierenden die gleichen Urkunden für die Ehegattin bzw. den Ehegatten. Fremdsprachige Dokumente sind in amtlich beglaubigten Übersetzungen vorzulegen.

5. Gegebenenfalls Ausweise über die Zugehörigkeit zur NSDAP und anderen Gliederungen

6. Bei männlichen Studierenden Wehrpass

7. Das Gesundheitszeugnis (ausgestellt vom Studentenwerk Wien)

8. Ein polizeiliches Führungszeugnis, wenn seit dem Abgang von der Schule, dem Arbeitsdienst, dem Wehrdienst oder der zuletzt besuchten Hochschule eine Zeit von mehr als 3 Monaten verstrichen ist oder der Studierende ohne Beurlaubung durch ein Semester oder länger das Studium unterbrochen hat.

9. Vier Lichtbilder im Passformat.⁽²⁵⁾

DER UMGANG MIT STUDENTINNEN

Nach dem Kriegsausbruch kam es zu immer mehr Einberufungen zum Wehrdienst. Der Mangel der als männlich geführten Studierenden an den Universitäten wurde durch weiblich geführte Studierende, welche verstärkt zum Hochschulstudium zugelassen wurden, ausgeglichen. Die Zahl der weiblich geführten Studierenden an der BOKU stieg von 23 (1937/38) auf 154 (1943/44) an.

Es wäre jedoch verfehlt, würde man aus dieser Zunahme eine feministische Hochschulpolitik ableiten. Ähnlich wie in der Zeit des Austrofaschismus kam einer Frau hauptsächlich die Rolle als Mutter und Hausfrau zu. Von einem freien Zugang zum Hochschulstudium kann im Nationalsozialismus ebenfalls nicht gesprochen werden. Frauen sollten nur in jenen Studienfächern Platz finden, die von der männlich dominierten Universitätsverwaltung als „fach- und frauenspezifisch“ bezeichnet wurden.

„Studentinnen werden nur in Studiengängen gefördert, deren Berufsziel Frauen zugänglich ist, und nur mit dem Ausmaß, das dem Anteil der Frau in den in Frage kommenden Berufsplätzen entspricht.“ Ziel war es, dass als weiblich geführte Studierende ihre „Ordnung erfüllen und nicht die Ordnung umstößt. Es gibt Positionen und Berufe, in denen wir keine studierten Frauen mehr sehen wol-

len, und auch der Typ der Dozentin oder Professorin hat im Deutschen Reich keinen Platz mehr.“⁽²⁶⁾

Den Akademikerinnen standen nur niedrige und anspruchslose Anstellungen offen. Die Männer mussten in den Augen der Nationalsozialist_innen Führer bleiben, die Frauen durften lediglich die ihnen zugewiesenen Hilfsdienste leisten.

„Die Absolventin unserer Hochschule muss Vorkämpferin für die Parole „Heim aufs Land“ werden. Ich warne jedoch vor falscher Romantik, die im Studium der Landwirtschaft die Erfüllung der Träume von Schönheit und Natur sieht. Nein! Es wird auch von der Frau mehr verlangt: Sie soll ihrem Manne einmal fachkundig zur Seite stehen und ihren Kindern einmal eine ebenso gute Mutter sein, wie jede Bäuerin.“⁽²⁷⁾

Da der Anteil der Forstwirtinnen stark zugenommen hatte, sah sich das Reichserziehungsministerium veranlasst, das forstwirtschaftliche Hochschulstudium für die Frauen durch einen entsprechenden Erlass einzuschränken. Mit dem Argument der Schwierigkeit dieses Berufes, der sich größtenteils im Wald abspielt und daher „besondere Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit“ stellt, wurden Frauen erst nach Ableistung einer praktischen Lehrzeit zum Studium zugelassen. Auch auf die Möglichkeit zur Ausscheidung „ungeeigneter“ Studentinnen wurde hingewiesen.⁽²⁸⁾

ANTISEMITISMUS UND ARISIERUNG

Der Anteil jüdischer Studierender an der Hochschule für Bodenkultur betrug:

Im Wintersemester 1935/36 19 Hörer_innen (5,3%)
Im Wintersemester 1936/37 19 Hörer_innen (5,3%)
Im Wintersemester 1937/38 21 Hörer_innen (6,1%)

Damit lag der Anteil jüdischer Studierender an der Hochschule für Bodenkultur deutlich unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt, der 11% betrug. Was die Aussagekraft der offiziellen Zahlen betrifft, muss gesagt werden, dass es sich bei den hier erfassten Personen um solche handelt, die – unabhängig von ihren Vorfahren – jüdischen Glaubens waren. Die Nationalsozialist_innen führten jedoch die „Nürnberger Gesetze“ ein, welche Personen vielmehr nach ihren Vorfahren und Herkunft als in Religion einzuteilen versuchte. Diese Gesetze, die die antisemitischen und rechtsextremen Gesinnungen der Nazis im Staat institutionalisierten, sahen auch eine Begriffsunterscheidung zwischen „Rassejuden“ und „Glaubensjuden“ vor.

Für das Sommersemester 1938 verordnete das Unterrichtsministerium eine Inskriptionssperre für Jüd_innen. Zusätzlich setzten sie einen Prüfungsstop in Kraft. Bereits vorgenommene Inskriptionen galten nur bedingt und konnten widerrufen werden. Wenige Wochen später wurde mittels Erlass ein Numerus clausus für die Zulassung von Jüd_innen zum

Hochschulstudium verfügt, der ihren Anteil mit 2% limitierte. Im November 1938, nach den Novemberpogromen, kam es zum endgültigen Ausschluss der Jüd_innen aus dem Studium und universitären Alltag.

Wurde bisher nur Diskriminierung jüdischer Studierender und Lehrkräfte behandelt, soll hier ein weiterer – für die BOKU leider mit wenig noch bestehenden Informationen erhaltener – Aspekt antisemitischer Exzesse beleuchtet werden: die Arierisierung. Dabei handelt es sich um die Enteignung jüdischen Vermögens und Besitztümern zugunsten der Nationalsozialist_innen. Dies geschah in fast jedem Fall ohne entsprechende Entschädigungen.

So etwa stellte am 25. September 1939 das Ministerium für Landwirtschaft in Wien Frau Hanni „Sara“ Strauss einen Bescheid zu, in dem sie aufgefordert wurde, ihren landwirtschaftlichen Besitz

„die Gärtnerei in Wien XIX, Krottenbachstraße im Ausmaße von 13.236 m², EZ. 422,97,325 innerhalb von 2 Wochen ab Zustellung an die Hochschule für Bodenkultur zu einem angemessenen Preis zu veräußern.“⁽²⁹⁾

Um nicht ganz 100.000 Reichsmark (heute etwa 430.000 Euro) ging der Besitz – definitiv nicht zu einem angemessenen Preis – an die BOKU über.

Wenig später, Anfang 1941, bot sich erneut durch Beschlagnahme jüdischen Vermögens die Möglichkeit,

„für die Hochschule für Bodenkultur unter besonders günstigen Bedingungen das Gut Falkenhof zu erwerben,“⁽³⁰⁾

welches sich im 22. Bezirk befand und etwa 172 ha groß war.⁽³¹⁾

DAS ENDE DER BARBAREI

Der fortschreitende Krieg ernüchterte die Bevölkerung. Der Universitätsbetrieb wurde zunehmend eingeschränkt, die meisten Studenten wurden zu Kriegsdiensten herangezogen, Studentinnen mussten Krankenpflege und Krankenhilfsdienste leisten. Die Hörer_innenzahl sank im Studienjahr 1944/45 auf 160 Studierende ab. Auch der Personalstand der Hochschule wurde auf ein Minimum reduziert. Mit dem Erlass vom 20. Oktober 1944 wurden die ersten Hochschulen geschlossen. In den letzten Kriegstagen wurden dann alle Universitätsangehörigen zum „Volkssturm“ aufgeboten. Dieser war eine der letzten Kriegsaufgebote der Nationalsozialist_innen und forderte alle „waffenfähigen Männer im Alter von 16-60“ dazu auf, die Truppen der deutschen Wehrmacht zu verstärken. Auch an der BOKU wurden in den letzten Kriegstagen im Hof der Hochschule belastende Akten verbrannt.

Nach der Kapitulation und dem damit verbundenen Ende der Barbarei und der Shoah kam es im Juni 1945 zur Neubildung der akademischen Behörden. Gleichzeitig setzte die Entnazifizierung ein, wobei an der Hochschule für Bodenkultur 23 von 27 Professoren und 37 Dozent_innen ihres Amtes enthoben wurden. Die Entnazifizierung setzte – dank dem neuen Rektor Till – an der BOKU zuerst durchaus konsequent und scharf geführt ein.

1950 war kein Professor der BOKU Mitglied der NSDAP gewesen, einer hatte eine Vergangenheit im NSDDB.

Da jedoch 1946 vom „Verein demokratischer Hochschullehrer“ – der sich mit der Entnazifizierung von Hochschulen beschäftigte – die Einschätzung kam, dass Naturwissenschaften und praktisch gerichtete Wissenschaften nicht stark von einem Eindringen nationalsozialistischen Geistes betroffen waren, wurden die Unterrichtsinhalte nur sehr schleppend und inkonsequent angepasst. Zwei der 23 enthobenen Professoren wurden später auch wieder erneut angestellt.

Auch unter den Studierenden herrschte keine strenge Aufarbeitung: schon vor der Zulassung des „Ringes Freiheitlicher Studenten“ (RFS) wurde an NS-Traditionen angeknüpft. An der BOKU war der RFS schließlich als eine der ersten Hochschulen aktiv. Vor allem in Gärungstechnik (später LBT) und Forstwirtschaft fand der RFS großen Zuspruch

und bildete ein Sammelbecken für alle nationalistischen und rechtsextremen Studierende. Der RFS forderte (auch an der BOKU), dass die 23 entlassenen Professoren wiedereingestellt werden sollten. Bundesweit konnten sie 1953 auf Anhieb ein Drittel der studentischen Stimmen erzielen. An der BOKU konnte der ÖVP-nahe „Wahlblock“ knapp 50% für sich gewinnen, der RFS kam gefährlich nahe. Bei den Gärungstechniker_innen erreichte er eine Zweidrittelmehrheit, bei Forstwirt_innen lag der Wahlblock nur mit vier Stimmen vor dem RFS.

Die Folgen dieser lückenhaften Entnazifizierung sollten schon in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutliche Spuren zeigen.⁽³²⁾



Abbildung 9: 1945: Die Befreiung von Wien durch die Rote Armee.

FASCHISTISCHE KONTINUITÄTEN

Diese deutlichen Spuren haben sich immer wieder und in Schüben ans Licht getraut. Faschistische Tendenzen und Antisemitismus können auch heute noch, fast 80 Jahre nach Kriegsende, in Österreich gefunden werden. Auch an der BOKU haben sich überzeugte Nationalsozialist_innen nicht in Luft aufgelöst. Anhand zweier Beispiele soll aufgezeigt werden, weshalb es zu jeder Zeit wichtig sein wird, gegen faschistoide Züge in unserer Gesellschaft und an unseren Hochschulen einzustehen.

1979: DER AUFMARSCH DER NEO-NAZIS

Ein Thema, das auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein zentrales für die österreichische Rechte blieb, ist der Umgang mit Kärntner Slowen_innen und Burgenlandkroat_innen. Zentraler rechter Standpunkt dazu ist es, die beiden Volksgruppen nicht als „österreichisch“ anzusehen und gegen die Zweisprachigkeit in den beiden Bundesländern aufzutreten.

Das Auftreten der Rechten, Rechtsextremen und Neonazis dazu äußerte sich vor allem in den Sieb-

zigen gewaltvoll und aggressiv.

Auch die BOKU wurde von dieser Vereinnahmung nicht verschont. So hat der zu dieser Zeit schon sehr etablierte RFS an der BOKU am 7. November 1979 eine Veranstaltung geplant. Eingeladen wurde Josef Feldner, Obmann des „Kärntner Heimatdienstes“ (KHD). Feldner war bekannter Rechtsextremer und Gegner der Zweisprachigkeit in Kärnten/Koroška. Er sollte an der BOKU im großen Hörsaal im Guttenberghaus seine Meinung zu diesem Thema kundtun.

Die Veranstaltung, die an der BOKU groß beworben wurde, schien zuerst als mutmaßliche Diskussionsrunde und Meinungsaustausch beworben zu sein. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass der Einlass in den Saal nur mit Einladung und unter der Hand verteilten Eintrittskarten möglich sein werde.

Zusätzlich wurde befürchtet, dass der RFS die sogenannte „Aktion Neue Rechte“ (ANR) und den „Nationalistischen Bund Nordland“ (NBN) als Saalschutz engagiert habe. Diese beiden illegalen Organisationen waren Schlägertrupps und besetzt mit Neonazis. Diese Befürchtung hat sich schlussendlich als wahr herausgestellt.

Nach Bekanntwerden dieser Details hat die damalige ÖH BOKU versucht, die Veranstaltung über das Rektorat wieder abzusagen. Rektor Welan war der Ansicht, dass trotz des Aufmarsches von Neonazis und Rechtsextremen an der BOKU die Veranstaltung

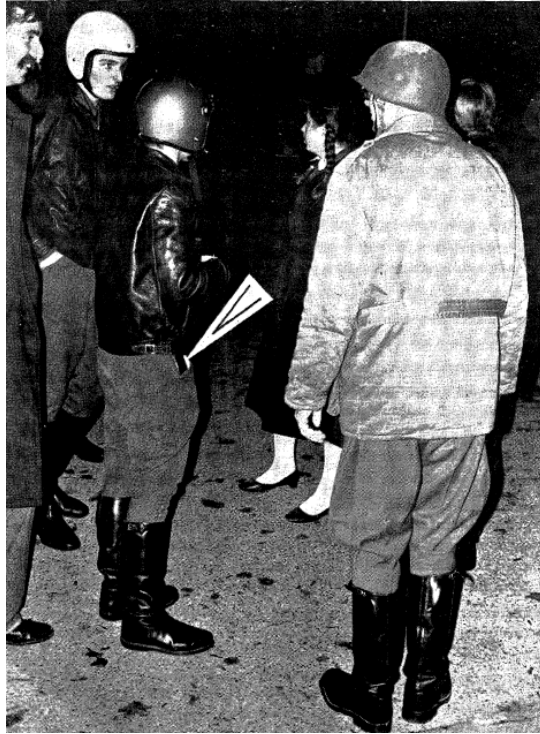


Abbildung 10: Foto der ANS Schlägertruppen an der BOKU.



Abbildung 11: An der BOKU verteilte Flugblätter der ANS.

nicht mehr abgesagt werden könne. Somit wurde von einigen Studierenden eine Gegenkundgebung organisiert.

Am Tag der Veranstaltung haben sich alle Befürchtungen als tatsächlich wahr herausgestellt. Einlass gab es nur mit Einladung, hochschulfremde Schlägertypen bewachten das Gutenberghaus und bedrohten all jene Studierende, die auch ohne Einladung versucht hatten, in die Veranstaltung zu gelangen. Diverse Berichte und Zeug_innenaussagen von Studierenden belegen Gewaltexzesse von der ANR und vom NBN.

Die Gegenkundgebung war von etwa 350 Studierenden besucht, auf der Veranstaltung des RFS waren 200 Personen anwesend.

Im Saal selbst waren zahlreiche, zum Teil hochschulfremde Personen anwesend. Viele davon Rechts-extreme oder Neonazis, RFS-ler_innen und einige wenige interessierte Studierende. Im Anschluss an die Veranstaltung wurden Flyer von der ANR verteilt, die mit antisemitischen Anspielungen gespickt waren.

Geschützt wurde die gesamte Veranstaltung von der Polizei, die trotz diverser Gewalttaten und -androhungen nichts gegen die hochschulfremden Schlägertrupps unternommen hat. Diverse Medien haben über die Vorfälle berichtet.⁽³³⁾

DIE GESCHICHTE ZWEIER TAFELN

Wer heute das Gregor-Mendel-Haus betritt und sich in den zweiten Stock wagt, sieht prominent vor den Eingangstüren zu den Studienservices zwei große Tafeln.

Die erste, größere Tafel ist eine schwere Eichentafel mit der Aufschrift „Den Gefallenen des Zweiten Weltkrieges“ und dem Eisernen Kreuz, das von den preußischen und deutschen Streitkräften verwendet wurde. Darunter aufgelistet sind Namen von Universitätsangehörigen, die während des zweiten Weltkrieges gefallen sind. Die zweite Tafel ist eine mit Kupfer überzogene Holztafel mit der Aufschrift „Professor Dr. jur. Hans Karl Zeßner-Spitzenberg, Professor Dr. phil. Emmerich Zederbauer und allen Opfern des Nationalsozialismus“.

Beide Tafeln hängen nicht in ihrer Originalfassung an der Wand. Die Geschichte dieser Tafeln beginnt noch 1944, als der Zweite Weltkrieg noch tobte. Franz Brücken, Amtsleiter der nationalsozialistischen Soldatenbetreuung, befürchtete, dass nach dem Krieg eine Zeit kommen könnte, in der die gefallenen Nationalsozialist_innen nicht mehr geehrt werden würden. Deswegen trat er an den damaligen Rektor Leo Tschermak heran und forderte die Schaffung einer Kriegerehrungstafel. Tschermak, der letzte nationalsozialistische Rektor,

stimmte diesem Vorschlag sofort zu und leitete die Finanzierung dieser Tafel ein.

Bestückt wurde diese Tafel noch mit einem Zitat von Adolf Hitler: „Solange Deutsche leben, werden sie bedenken, dass dies einst Söhne ihres Volkes waren.“ Prompt wurde diese Tafel im zweiten Stock des Gregor-Mendel-Hauses aufgehängt und blieb etliche Zeit lang unberührt.

Ganz unkommentiert in ihrer Originalfassung hing diese Tafel bis in die Achtzigerjahre. Nur ein einziges Mal wurde diese propagandistische Gedenktafel offen kritisiert, und zwar 1950, als Professor Kirsch den Wunsch äußerte, das Zitat Hitlers entfernen zu lassen. Diese Forderung verlief jedoch im Sand und so blieb die Tafel bis 1984 unberührt.

Prof. Welan stellte 1981 im Universitätskollegium den Antrag, zusätzlich zu dieser Tafel eine Zusatztafel anzubringen, die die beiden NS-Opfer Prof. Zeßner-Spitzenberg und Zederbauer ehren sollen. Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

In den Achtzigerjahren wurde die Kritik der Studierenden an der Krieger_innenehrungstafel immer lauter und vehementer, bis schließlich der damalige ÖH BOKU Vorsitzende Mikl einen Antrag stellte, die Gedenktafel mit der Aufschrift „Für die Opfer eines sinnlosen Krieges“ zu ersetzen und



Abbildung 12: Visualisierung des Zitates in einem „Deutschen Jahresbuch“.



Abbildung 13: Die Tafeln heute.

jegliche Namen zu entfernen. Daraufhin stellte Rektor Biffl einen Gegenantrag, die vorhandene Tafel zu belassen, die Jahreszahl 1944 einzugravieren und eine zusätzliche Tafel mit dem Text

„Den Opfern für ein freies und unabhängiges Österreich.

Sie starben, damit Österreich lebt.

Dr. jur. Hans Karl Zeßner-Spitzenberg 1938, Professor von 1931-1938

Dr. phil. Emmerich Zederbauer 1950, Professor von 1921-1945“

anzubringen. Dieser Gegenantrag wurde mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen.

So wurde der Antrag ausgeführt und die Tafeln wie im Gegenantrag gefordert abgeändert. Schon bald darauf wurde die Kritik an diesen Tafeln wieder aufgenommen. Nicht zuletzt, weil Prof. Zeßner-Spitzenberg und Zederbauer zwar sehr wohl Opfer des nationalsozialistischen Regimes wurden, jedoch als Funktionäre der VF im Austrofaschismus wohl kaum für ein „freies und unabhängiges Österreich“ gekämpft haben und das Zitat von Adolf Hitler noch immer prunkvoll an den Wänden des Hauptgebäudes prahlte.

Der Aufstand kritischer Studierender wurde wieder lauter, auch die österreichische Presselandschaft involvierte sich. Diverse Medien berichteten hier vom „Tafelstreit“.

Nachdem das Rektorat einige Gutachten in Auftrag gegeben hatte, fand sich 1986 die Lösung, wie sie heute noch hängt. Das Zitat von Hitler wurde abgeschnitten, die Tafel zu Ehren von Zeßner-Spitzenberg und Zederbauer umgeschrieben.

Im Oktober 2016 wurde die Tafel „Zum Gedenken an die Angehörigen und Absolvent_innen der Hochschule für Bodenkultur, die in der Zeit des Nationalsozialismus aus „rassischen“ oder politischen Gründen verfolgt, vertrieben, ermordet wurden.“ enthüllt bzw. 2019 ergänzt.

Gleichzeitig wurde auch eine Kontextualisierung bei den Rektor_innentafeln durch eine Ergänzungstafel durchgeführt.

Noch immer hängt also die Krieger_innenehrentafel da, ganz unkommentiert. Zwar wurde das Zitat entfernt, doch noch immer werden Personen geehrt, die die faschistischen Regime in Österreich des letzten Jahrhunderts ermöglicht haben.

Noch immer mit allen Namen, noch immer mit Eisernem Kreuz.⁽³⁴⁾

LITERATUR UND QUELLEN

1. Geschichte, Universität für Bodenkultur. Quelle: <https://boku.ac.at/universitaetsleitung/rektorat/stabsstellen/oeffentlichkeitsarbeit/themen/geschichte?selectedTypes=group> (Zugriff 6.4.2022)
2. Rektor*innen, Universität für Bodenkultur. Quelle: <https://boku.ac.at/universitaetsleitung/rektorat/stabsstellen/oeffentlichkeitsarbeit/themen/geschichte/rektorinnen> (Zugriff 6.4.2022)
Archiv der Universität für Bodenkultur
Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.
3. Allgemeines Verwaltungsarchiv, BMBWF. Brief von Rektor Hofmeister Karl an das Bundesministerium für Unterricht am 30. September 1924.
Archiv der Universität für Bodenkultur
4. Czermak. Der CV, der Träger des katholischen Farbstudententums und der neuen Zeit, in Schriften des ÖCV, Heft 1/3, Wien 1936, S. 61
5. Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.
Körper, Robert. Rassesieg in Wien, der Grenzfeste des Reiches. Wien 1939, S. 230
Fenz, Brigitte. Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft. Das Studentenrecht in Österreich 1918-1932, S. 262
Fenz, Brigitte. DÖTZ, 1931, S. 1
Weiter, Theodor. Nationale Autonomie, Rechtstheorie und Verwirklichung im positiven Recht. Wien/Leipzig 1938, S. 209 und S. 218
Archiv der Universität für Bodenkultur
6. AVA, UM 6 D/2, Hochschule für Bodenkultur 1916-1940, 1933
7. Ebd.
8. Ebd.

LITERATUR UND QUELLEN

9. Ebd.

10. Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.

Archiv der Universität für Bodenkultur

11. Erste Republik 1918-1933, Demokratiezentrum Wien. Quelle: <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/demokratieentwicklung/demokratiegeschichte-in-oesterreich-1918-1938/erste-republik-1918-1933/> (Zugriff 6.4.2022)

Der autoritäre „Ständestaat“, Austrofaschismus 1933-1938, Demokratiezentrum Wien. Quelle: <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/demokratieentwicklung/demokratiegeschichte-in-oesterreich-1918-1938/der-autoritaere-staendestaat/> (Zugriff 6.4.2022)

Die radikalisierte Republik – Schattendorf, Justizpalast und der Weg in die Diktatur, Haus der Geschichte Österreich. Wien 2018, S. 13ff.

12. Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.

13. Ebd.

14. Ebd.

15. BGBl. Nr. 50 vom 9. Juni 1934

BGBl. Nr. 267, 1935

Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.

Archiv der Universität für Bodenkultur

16. AVA, UM 6 D/2, Hochschule für Bodenkultur 1916-1940, 1934

17. Tidl, Marie. Die Roten Studenten, Dokumente und Erinnerungen 1938-1945. Wien 1976, S. 26ff.

AVA, UM 6 D/2, Hochschule für Bodenkultur 1916-1940, 1934

18. Neue Wiener Tageszeitung, 7. April 1938

19. Weinert. Die Maßnahmen der reichsdeutschen Hochschulverwaltung. Festschrift zum 20-jährigen Bestand des DÖW, Wien 1983, S. 129.

Archiv der Universität für Bodenkultur

Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur

1914-1955.

20. AVA, UM S6/C3, Zl. 317967/39

Archiv der Universität für Bodenkultur

21. Moravec, Josef. Studentenführer, Wir rufen den deutschen Studenten. Studentenführer 1939/40.

22. Ebd.

23. Ebd.

24. Ebd.

25. Ebd.

Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.

26. Jahrbuch der Deutschen Studentenschaft der Ostmark, Wien 1939/40

Die Bewegung, Organ des NSDDB Nr. 224, 14. Juni 1938, S. 7.

Deutsche Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 1939.

27. Stipfer, Luis. Studienführer 1939/40, S. 9

28. Reichs-Erziehungs-Ministerium, Erlass Nr. 1111/44. 18. September 1944.

Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.

29. Bundesarchiv Koblenz, R2, 12514.

30. Ebd.

31. Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität für Bodenkultur

Neues Wiener Tagesblatt, 30. März 1938.

AVA, UM S. 2 D/1 346 Zl. 12976

Neues Österreich, 9. Jänner 1946.

32. Ebner, Paulus. Politik und Hochschule, Die Hochschule für Bodenkultur 1914-1955.

33. Jungbauer. Schanda. Waldner. Weiner. Neonazi an der Uni, Dokumentation. Wien, 1979

34. Die Geschichte zweier Tafeln, Archiv der Universität für Bodenkultur.

ABBILDUNGEN

Abbildung 1: Archiv der Universität für Bodenkultur

Abbildung 2: Ebd.

Abbildung 3: Ebd.

Abbildung 4: Presseservice Wien

Abbildung 5: 60 Jahre Wiener Hochschule für Bodenkultur. Wien, 1933.
S. 15

Abbildung 6: Haus der Geschichte Österreich

Abbildung 7: Archiv der Universität für Bodenkultur

Abbildung 8: 60 Jahre Wiener Hochschule für Bodenkultur. Wien, 1933.
S. 56

Abbildung 9: Russendenkmal am Schwarzenbergplatz, Wien Museum

Abbildung 10: Neo-Nazi an der Uni, Dokumentation. Wien, 1979. S. 68

Abbildung 11: Neo-Nazi an der Uni, Dokumentation. Wien, 1979. S. 9

Abbildung 12: Archiv der Universität für Bodenkultur

Abbildung 13: Eigenaufnahme

Diese Broschüre ist im April 2022 im Zuge des 150-jährigem Jubiläums der Universität für Bodenkultur im Rahmen des Antifaschismusschwerpunktes der ÖH BOKU entstanden.

NIEMALS VERGEBEN, NIEMALS VERGESSEN.

Hochschüler_innenschaft an der Universität für Bodenkultur
Peter-Jordan-Straße 76, 1190 Wien
+43/1/47654-19100
sekretariat@oehboku.at
oehboku.at

